



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Her Weinert

Wiesbaden, 07.03.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Mittwoch, 13. März 2013, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 11.12.2012

2. 13-F-33-0012

Ausbau des Radwegenetzes

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 28.2.2013 -

Um die Nutzung des Fahrrads in der Landeshauptstadt Wiesbaden attraktiver zu gestalten ist es notwendig, dass Lücken im Radverkehrsnetz sukzessive geschlossen werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Qualität des Ausbaus den heutigen Ansprüchen Rechnung trägt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

(1) folgende Radwegeprojekte umzusetzen:

1.1. Radwegeverbindung Wilhelmstraße - Sonnenberg

Die Verbindung Wilhelmstraße - Sonnenberg soll über den Warmen Damm und zusätzlich über die Christian-Zais-Straße führen. Der folgende Abschnitt der Radwegeverbindung soll über die Parkstraße geführt werden. Im Anschluss an die Parkstraße soll der Radweg über den Chaisenweg verlaufen. Und schließlich auf dem Promenadenweg bis nach Sonnenberg weitergeleitet werden.

Grundvoraussetzung ist, dass der Belag im hinteren Kurparkbereich soweit partiell nachgebessert wird, dass ein ganzjähriges Befahren der gesamten Strecke und -wo notwendig- ein eindeutiges Markieren möglich sind. Zusätzlich ist für eine ausreichende Beleuchtung der gesamten Strecke Sorge zu tragen.

1.2. Fahrradstraße Rheinufer Mainz-Kastel

Im Bereich des Rheinufers Mainz-Kastel soll eine vorhandene Lücke im Radwegenetz geschlossen werden und daher in der Eleonorenstraße eine Fahrradstraße (StVO Zeichen 244) eingerichtet werden. Die Fahrradstraße soll um das Zusatzzeichen „KFZ-Verkehre frei“ erweitert werden.

(2) weitere vorhandene Lücken im Radwegenetz an der Main- und Rheinschiene (Kostheim, Kastel, Amöneburg, Biebrich, Schierstein) nach Möglichkeiten ebenfalls kurzfristig zu realisieren.

3. 13-F-33-0014

Sozialgerechte Bodennutzung in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 5.3.2013 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden steht wie viele andere Kommunen vor dem Problem, dass die Entwicklung neuer Wohnquartiere in der Regel mit großen finanziellen Belastungen verbunden ist. Darüber hinaus gestaltet sich die Entwicklung geeigneter Flächen allein schon deshalb als schwierig, weil die planungsbedingte Wertsteigerung zunächst den Eigentümern der jeweiligen Grundstücke zu Gute kommt, die Kosten der Infrastruktur jedoch von der Allgemeinheit getragen werden müssen.

Viele Städte in Deutschland haben aus diesem Grund Konzepte zur „Sozialgerechten Bodennutzung“ entwickelt. Die Grundüberlegung dieser Konzepte ist, dass sich diejenigen, die von städtebaulichen Rahmenplanungen und Entwicklungen begünstigt werden, auch maßgeblich an den Kosten der technischen und sozialen Infrastruktur (Straßen, Grünflächen, Kindertagesstätten, Schulen, etc.) sowie den übrigen Planungskosten beteiligen sollen. Außerdem soll erreicht werden, einen angemessenen Anteil des neuen Baulandes dem geförderten Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Dabei wird davon ausgegangen, dass ihnen mindestens ein Drittel des Bruttowertzuwachses verbleibt.

Die Einführung eines Regelwerkes kann daher für Wiesbaden eine Möglichkeit sein, Planungsprozesse für Investoren und Stadtverwaltung kalkulierbarer zu gestalten und das Gesamtverfahren erheblich zu beschleunigen. Klare Regeln und somit Kalkulierbarkeit für alle sind gerade vor dem Hintergrund des großen Entwicklungsbedarfs an Wohnbauflächen in Wiesbaden von großer Bedeutung und Dringlichkeit.

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten ein Regelwerk zur Sicherstellung einer sozialgerechten Bodenordnung in Wiesbaden zu entwerfen, das die drei folgenden zentralen Elemente berücksichtigt:
 - Beteiligung der Planungsbegünstigten an den Kosten der sozialen und technischen Infrastruktur,
 - In Umsetzung des Beschlusses 0054 der StvV vom 07.02.13 Sicherstellung eines Anteils von mindestens 15 Prozent geförderten Wohnungsbaus an dem Gesamtvolumen von Entwicklungsgebieten mit mehr als 60 Wohneinheiten,
 - Verbleib eines angemessenen Anteils von mindestens einem Drittel des planungsbedingten Wertzuwachses beim Planungsbegünstigten.
2. Bei der dezernatsübergreifenden Erarbeitung des Regelwerkes sind die wesentlichen Elemente sowie die Vor- und Nachteile des Münchner Modells und anderer kommunaler Modelle näher zu beleuchten und die für Wiesbaden positiv erscheinenden Punkte zu verwerten.
3. Ein durch die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähiger Entwurf eines solchen Regelwerkes der Sozialen Bodenordnung ist dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möglichst kurzfristig vorzustellen.

4. 13-F-03-0021

Museumsbetrieb Aartalbahn schnellstens wieder herstellen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.2.2013 -

Die Wiederherstellung der Brücke über die Flachstraße ist Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Betriebs der Museumsbahn der Nassauischen Touristikbahn (NTB). Der Verein ist dringend auf die Einnahmen durch den Betrieb der Museumsbahn angewiesen. Auch die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) hat großes Interesse daran, die touristische Attraktion wieder zu beleben. Deshalb hat der Oberbürgermeister der NTB eine Million Euro für die Wiederherstellung des Bahnbetriebs zugesagt. Seitdem schieben sich jedoch LHW und ESWE auf der einen und NTB auf der anderen Seite gegenseitig den schwarzen Peter zu, warum die Bahn nicht wieder in Betrieb gehen kann. Der Eindruck, dass die NTB durch eine Hinhaltenaktik demoralisiert und finanziell ausgeblutet werden soll, ist nicht völlig von der Hand zu weisen. Die Gründe dafür sind allerdings nicht nachvollziehbar.

Der Ausschuss möge beschließen:

- a. Der Magistrat wird gebeten,
 1. mit ESWE und der NTB analog zu Planungsverfahren in einem „Scoping-Termin“ festzulegen, welche Unterlagen wann in welchem Umfang und von wem vorgelegt müssen, damit letztendlich die Zahlung der versprochenen eine Million Euro erfolgen kann. Das weitere Vorgehen wird als Projektstruktur mit Meilensteinen zeitlich und strukturell festgelegt.
 2. Der Termin muss unter Teilnahme aller relevanten Beteiligten erfolgen und soll schnellstmöglich stattfinden.
- b. Der Ausschuss spricht sich dafür aus, die Aartalbahn als Touristikstrecke sowie den Museumsbetrieb neu zu organisieren und ESWE Verkehr somit von dieser Nicht-Kernaufgabe zu entlasten.

5. 13-F-08-0026

Umgestaltung Rathenau-Platz und ehem. Brückenrampe/Rheinanlage
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 6.3.2013 -

Am 12. Oktober 2012 wurde die Umgestaltung in den Kasteler Rheinanlagen am Rathenau-Platz mit der Entfernung einer Hecke begonnen, ohne dass die für diese Maßnahme und für den Eingriff in die denkmalgeschützte Rheinanlage an der Eleonorenstraße erforderlichen Genehmigungen vorlagen. Die erforderliche wasser- und naturschutzrechtliche Genehmigung liegt bis heute nicht vor. Ihre Erteilung durch den Regierungspräsidenten ist auch nicht absehbar. Zwischen dem 1. März und 30. September können die vom Grünflächenamt intendierten Eingriffe aus naturrechtlichen Gründen auf jeden Fall nicht erfolgen. Für die für 2012 und 2013 in Aussicht gestellten bzw. von 2012 ins Jahr 2013 übertragenen Zuschüsse müsste erneut eine Übertragung ins nächste Jahr beantragt werden - mit dem Risiko, dass Zuschüsse verloren gehen.

Am 13. Oktober 2012 hatte die Hessische Landespolizei die vom Grünflächenamt beauftragten rechtswidrigen Rodungsmaßnahmen gestoppt. Seitdem ruhen die Aktivitäten der Stadt an dieser Stelle.

Der Ortsbeirat Mainz-Kastel hat sich in seiner letzten Sitzung in einer Beschlussfassung für den Erhalt der Hecke ausgesprochen und plädiert für die Umsetzung der ursprünglichen Planung des Stadtplanungsamtes ohne Beseitigung der Hecke entlang der ehemaligen Brückenrampe und ohne Anbringung von „Gräserbändern“ über die ehem. Brückenzufahrt. Dies befindet sich in Übereinstimmung mit der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse, da die dort beschlossene Vorlage die Rodung der Hecke längs der ehem. Brückenzufahrt und das Anlegen von Gräserbändern nicht vorsieht.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge einen Sachstandsbericht geben, wann und wie er angesichts der ausstehenden Genehmigungen und der aktuellen Beschlusslage der städtischen Körperschaften das Projekt auf der Regionalparkroute am Rathenau-Platz umzusetzen gedenkt.

6. 13-F-33-0016

Radverkehrsprojekt "Wi-Bike"

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 1.3.2013 -

Das Präsidium und der Allgemeine Studierendenausschuss der Hochschule Rhein-Main haben anlässlich des ersten Radverkehrsforum der Landeshauptstadt Wiesbaden am 28.02.2013 eine Projektidee vorgestellt, wie sie einen aktiven Beitrag ergänzend zu den bereits beschlossenen und in Arbeit befindlichen Verbesserungen des Fahrradklimas und der Fahrradinfrastruktur in Wiesbaden leisten können.

Die Idee basiert auf den Umständen, dass

- Studierende voraussichtlich relativ leicht auf den Umstieg auf das Fahrrad zu bewegen sind,
- die Hochschule Rhein-Main in der Stadt Wiesbaden auf vier Standorten verteilt ist (Kurt-Schumacher-Ring, Bleich-/Bertramstraße, Unter den Eichen und Rheinstraße),
- es an der Hochschule fachliches Know-How in Bezug auf e-mobility/e-bikes und Stadtplanung gibt.

Daher möge der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

die von der Hochschule Rhein-Main angeregte Projektidee "Wi-Bike" aktiv zu unterstützen und in die bereits beschlossene Neuauflage des Radverkehrsplans der Landeshauptstadt Wiesbaden einzuarbeiten. Dabei sollten folgende Aspekte besonders berücksichtigt werden:

1. Die Herstellung von Radwegeverbindungen zwischen den in Wiesbaden vorhandenen Hochschulstandorten.
2. Der Aufbau eines von der Hochschule geführten Fahrradverleihsystems, welches in ein bereits per Beschluss des Ausschusses Nr. 0228 vom 25.09.2012 beauftragtes Fahrradverleihkonzept integriert bzw. mit diesem kombiniert werden sollte.
3. Die Unterstützung bei dem Aufbau einer Infrastruktur für e-bikes.
4. Die intensive Einbindung des an der Hochschule Rhein-Main vorhandenen technischen und stadtverkehrsplanerischen Know-Hows.
5. Die Möglichkeiten der Unterstützung dieses Projektes durch Dritte (weitere hochschulaffine Organisationen, Wirtschaftsunternehmen, Sponsoren, Fördergeber etc.).

6.1 Vorstellung der Projektidee durch den Präsidenten und den AStA der Hochschule Rhein-Main

Fahrradabstellanlagen am Hauptbahnhof
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.2.2013 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

mit den zuständigen Stellen der DB-AG (DB Netze) in Verbindung zu treten,

1. um Elektroanschlüsse und abschließbare Boxen für die neue Abstellanlage einzuplanen und die Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.
2. um zu erfragen, was die Ergebnisse der Gespräche mit den Nutzergruppen, die für den Spätsommer / Herbst 2012 geplant waren, ergeben haben und dem Ausschuss von den Ergebnissen zu berichten. Falls wider Erwarten noch keine Gespräche stattgefunden haben, ist das Radverkehrsforum in diese Gespräche einzubeziehen.

8. 12-F-03-0157

ANLAGE

Abstellmöglichkeiten für Fahrräder am Hauptbahnhof
- *Bericht des Dezernates IV vom 18.2.2013* -

9. 13-F-33-0013

Zusätzlicher Parkraum in der Moritzstraße
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 28.2.2013 -

Da die European Business School die ursprünglichen angedachten Planungen für das ehemalige Gerichtsgelände in der Moritzstraße nicht verwirklichen wird und mit der Hochschule Fresenius einen neuen Partner vorgestellt hat, wird sich ein konkreter Baubeginn auf dem Areal aufgrund notwendiger Neuplanungen noch verzögern.

In Anbetracht der angespannten Parkplatzsituation in der Moritzstraße und der näheren Umgebung, wäre es sinnvoll, bis zu einer endgültigen Lösung für das Areal, das Parkplatzgelände der Öffentlichkeit als zusätzlichen Parkraum zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

sich beim Land Hessen dafür einzusetzen, dass kurzfristig das Parkplatzgelände auf dem Areal des alten Gerichts in der Moritzstraße bis zu seiner weiteren Verwendung als öffentlicher Parkplatz zur Verfügung gestellt wird.

10. 13-F-03-0020

Beschleunigungsmaßnahmen Busverkehr

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.2.2013 -

Im vergangenen Jahr wurde erstmals die magische 50-Millionen-Fahrgastgrenze in Wiesbaden geknackt. Dies ist erfreulich, erfordert aber weitere Maßnahmen, um den Busverkehr zu optimieren und die Fahrplanstabilität zu erhöhen. Damit die Busse z.B. nicht im Individualverkehr steckenbleiben oder sich an den Haltestellen gegenseitig behindern, sind Beschleunigungsmaßnahmen zu ergreifen. Auch Ausfälle und die Überfüllung von Bussen sind zu vermeiden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. darzustellen, welche Beschleunigungsmaßnahmen in den Jahren 2011 und 2012 umgesetzt wurden;
2. die zur Umsetzung im Jahr 2013 vorgesehenen Busbeschleunigungsmaßnahmen, gemäß Prioritätenliste von ESWE Verkehr, vorzustellen;
3. falls Umsetzungen gemäß Absatz 2 nicht vorgesehen sind, Gründe hierfür darzulegen
4. darzustellen, wie Ausfälle und Überfüllung auf der Linie 1, wie im Januar in der Lokalpresse beschrieben, in Zukunft vermieden werden;
5. über den Sachstand zum geplanten Einsatz von Elektro-Bussen zu berichten;
6. über den Sachstand des Ausbaues des E-Tankstellennetzes (auch für den MIV nutzbar) zu berichten.

11. 13-F-03-0022

Begegnungszonen - Tempo 20

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.2.2013 -

Ein neuartiges Konzept, das Fahrzeugverkehr in bestimmtem Umfang zulässt und dennoch Fußgänger nicht gefährdet, ist das Konzept der Begegnungszone.

Eine Begegnungszone ist ein verkehrsberuhigter Bereich, in dem Fußgänger Vortritt vor Fahrzeugen haben. In der [Schweiz](#) ist das Konzept in der „Signalisationsverordnung“ geregelt, während es in Deutschland bisher nur vereinzelte Versuche ohne rechtliche Verankerung gibt. In [Österreich](#) wurde am 31. 01. 2013 vom [Nationalrat](#) eine Novelle der [Straßenverkehrsordnung](#) beschlossen, welche die Schaffung von Begegnungszonen ermöglicht.

Mit den Begegnungszonen können insbesondere erodierende Einkaufstraßen wieder attraktiver gemacht werden. Erfahrungen im Ausland (Bern) zeigen, dass neben den Verkehrsteilnehmern und Anwohnern auch Wirtschaft und Gastronomie profitieren und die Unfallzahlen sinken.

In anderen deutschen Städten, beispielsweise in Berlin und auch dem nahegelegenen Oppenheim, werden derzeit neue Begegnungszonen wie in der Schweiz erprobt, in denen eine Höchstgeschwindigkeit von 20 Stundenkilometern herrscht. In der Begegnungszone gilt kein Fahrzeugvorrang mehr. Hier haben Fußgänger Vorrang. Außerdem dürfen Fahrzeuge Tempo 20 fahren, wenn sie freie Fahrt haben.

Dies ist eine sinnvolle Erweiterung des Shares-Space Konzeptes, das ohnehin für Wiesbaden beschlossen wurde (→ Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 06.03.2007)

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

probeweise Begegnungszonen nach Vorbild anderer deutscher Städte mit einer Höchstgeschwindigkeit von Tempo 20 auszuwählen und einzurichten.

12. 13-F-03-0012

ANLAGE

US-Einrichtungen in Wiesbaden

- Überweisungsbeschluss des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration vom 29.01.2013 -

13. 12-V-61-0001

DL 05/13-3

Bebauungsplanentwurf "Medenbach - Ortsmitte" im Ortsbezirk Medenbach
- Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung

14. 12-V-61-0049

DL 07/13-2, 06/13-3

Bebauungsplan "Komponistenviertel" im Ortsbezirk Nordost
- Satzungsbeschluss -

15. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **12-F-03-0156** **ANLAGE**
Mainbrücke
- Bericht des Dezernates IV vom 7.2.2013 -

2. **12-F-03-0170** **ANLAGE**
Fahrradabstellmöglichkeiten auf dem Dernschen Gelände
- Bericht des Dezernates IV vom 18.2.2013 -

3. **12-F-03-0172** **ANLAGE**
Kostenschätzung Neubau Rhein-Main-Hallen
- Bericht des Dezernates III vom 17.1.2013 -

4. **12-F-33-0135** **ANLAGE**
Kommunale Klimaschutzprojekte
- Bericht des Dezernates II vom 24.1.2013 -

5. **12-V-63-0018** **DL 07/13-3**
Baugrundstück: Wiesbaden, Homburger Straße 15 + 15 a - Bauantrag - Neubau einer Wohnbebauung mit 27 Wohneinheiten sowie 27 Pkw-Stellplätzen in einer Tiefgarage

6. **12-V-66-0314** **DL 05/13-4**
Verkehrssicherung an Fahrbahnen und Gehwegen in Wiesbaden und AKK 2011 und 2012

7. **13-V-01-0007** **DL 05/13-6**
Jahresbericht 2012 des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden

8. 13-V-07-0001

ANLAGE

Radarkontrollen im Bereich der Kreuzung Bierstadter Höhe und B 455- Nauroder Straße; -
Bürgerfragestunde in der Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am
13.11.2012 -

9. 13-V-20-0002

DL 07/13-4, 06/13-4

Investitionscontrolling 4. Quartal 2012

10. 13-V-20-0003

DL 05/13-8

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen
Ausgaben

11. 13-V-40-0006

DL 05/13-4 NÖ

Bauliche Präventionsmaßnahmen an Wiesbadener Schulen

12. 13-V-51-0004

DL 07/13-8

U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 70 zusätzlichen Krippenplätzen in 4 Kindertagesstätten

13. 13-V-80-2302

DL 07/13-1 NÖ

Gemeinsamer Verkauf städtischer Grundstücke in der Gemarkung Dotzheim an die Ahmadiyya-
Gemeinde

14. 13-V-80-2304

DL 06/13-2 NÖ

Verzeichnis der vom 1. Oktober 2012 bis 31. Dezember 2012 genehmigten
Grundstücksvorlagen

15. 13-V-82-0003

DL 07/13-2 NÖ

Neubau Rhein-Main-Hallen; Kommunikation

Seite 11 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 13. März 2013

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender